

Gründung

Am 10.09.2006 hat sich die Piratenpartei Deutschland gegründet

Der gewählte Bundesvorstand besteht aus

Christof Leng,

Vorsitzender Jens Seipenbusch,

Stellvertretender Vorsitzender Jan Huwald,

Politischer Geschäftsführer Stefan Lamprecht,

Generalsekretär Christoph Strasen und Matthias Mehldau

Der provokante Name 'Piratenpartei' resultiert aus einem der politisch brisanten Punkte des Parteiprogramms, der Forderung nach einer Modernisierung des Urheberrechts im Sinne des 'fair use' also des Gebrauchs für private, wissenschaftliche oder Lehrzwecke. Dies würde auch die Zulässigkeit der Privatkopie rechtlich absichern, die immer mehr von Rechtsunsicherheit umgeben ist und bereits als Piraterie gebrandmarkt wird.

Satzung

Die Piratenpartei Deutschland (PIRATEN) ist eine Partei im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und des Parteiengesetzes. Sie vereinigt Piraten ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit, des Standes, der Herkunft, der ethnischen Zugehörigkeit,

des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und des Bekenntnisses, die beim Aufbau und Ausbau eines demokratischen Rechtsstaates und einer modernen freiheitlichen

Gesellschaftsordnung geprägt vom Geiste sozialer Gerechtigkeit mitwirken wollen.

Totalitäre, diktatorische und faschistische Bestrebungen jeder Art lehnt die Piratenpartei Deutschland entschieden ab.

Rechte und Pflichten der Piraten

Jeder Pirat hat das Recht und die Pflicht, im Rahmen dieser Satzung und der Satzung seines Landesverbandes die Zwecke der Piratenpartei Deutschland zu fördern und sich an der politischen und organisatorischen Arbeit der Piratenpartei Deutschland zu beteiligen. Jeder Pirat hat das Recht an der politischen Willensbildung, an Wahlen und Abstimmungen im Rahmen der Satzung teilzunehmen.

Parteiprogramm

- Urheberrecht und nicht-kommerzielle Vervielfältigung
- Privatsphäre und Datenschutz
- Patentwesen
- Transparenz des Staatswesens
- Open Access
- Infrastrukturmonopole
- Bildung

Wahlprogramm Kapitel 1

Das Grundgesetz bewahren, Bürgerrechte verteidigen

Gemeinsam mit den Menschenrechten bilden die Bürgerrechte die Grundrechte der Bürger, die sich im deutschen Staat zusammengefunden haben. Wir stehen hinter dem Grundgesetz in der grundsätzlichen Form, wie es unsere Gründungsvater 1949 ausgearbeitet haben. Insbesondere lehnen wir Änderungen an dem die Grundrechte umfassenden ersten Abschnitt (Art.1 bis 19) kategorisch ab, da die Vergangenheit gezeigt hat, dass diese immer nur zu einem Abbau von Bürgerrechten führen.

Wahlprogramm Kapitel 2

Privatsphäre und Datenschutz

Das Recht auf Wahrung der Privatsphäre ist ein unabdingbares Fundament einer demokratischen Gesellschaft. Die Meinungsfreiheit und das Recht auf persönliche Entfaltung sind ohne diese Voraussetzung nicht zu verwirklichen.

Kein Überwachungsstaat

Die pauschale Verdächtigung und anlasslose Überwachung aller Bürger hat generell zu unterbleiben.
Eine als 'präventive Strafverfolgung' verschleierte Abschaffung der Unschuldsvermutung lehnen wir unbeding ab.

Vertrauliche Kommunikation

Das Briefgeheimnis soll erweitert werden zu einem generellen Kommunikationsgeheimnis, das die grundgesetzlich geschützte Privatheit und Integrität von Kommunikation auch in elektronischen Medien wie dem Internet garantiert.

Der vorherrschende Kontrollwahn erzeugt ein Klima des Misstrauens und der Angst.

Für die Überwachung eines Bürgers ist ein richterlicher Beschluss erforderlich.

Informationelle Selbstbestimmung

Das Recht des Einzelnen, die Verwendung seiner persönlichen Daten zu kontrollieren, muss gestärkt werden.

Innere Sicherheit - die Sicherheit der inneren Gewissheit

Zum Schutz unserer offenen Gesellschaft und im Interesse einer effizienten Sicherheitspolitik wollen wir auf anlasslose, massenhaf automatisierte Datenerhebungen, Datenabgleichungen und Datenspeicherungen verzichten. In einem freiheitlichen Land ist eine de breite Erfassung beliebiger Personen ohne Anlass und Verdacht inakzeptabel.

Konkretes

- | |
|--|
| • Durchsetzung des Folterverbots |
| • Kein Informationsaustausch mit Staaten ohne wirksamen Datenschutz |
| • Einführung einer Informations- und Auskunftspflicht gegenüber den Betroffenen beim Datenaustausch zwischen Polizeien der EU-Länder |
| • Rücknahme des Gesetzes über die Vorratsdatenspeicherung |
| • keine Vorratsspeicherung von Flug-, Schiff- und sonstigen Passagierdaten (PNR: Passenger Name Records) |
| • kein automatisiertes KFZ-Kennzeichen-Scanning |
| • Abschaffung der biometrischen Daten in Pässen und Ausweisen. Verzicht auf RFID-Chips in Ausweisdokumenten. |
| • Einrichtung einer unabhängigen deutschen Datenschutzbehörde mit Sanktions-Recht |
| • Abschaffung der "Anti-Terror-Datei", der "Visa-Warndatei" und anderer unrechtmäßiger Datenbanken |
| • Wiederherstellung der Trennung von Polizei und Geheimdiensten. Rücknahme der geheimdienstlichen Befugnisse für das BKA. |
| • Keine automatische Gesichts- oder Verhaltenskontrolle |
| • Ausweitung des Persönlichkeits-Kernbereichs auf elektronische-Medien (z. B. Mail bei Webmailern, Laptop) |
| • Keine geheimen Durchsuchungen - weder online noch offline! |
| • Überprüfung und ggf. Aufhebung der unter dem Namen 'Anti-Terror-Maßnahme' eingeführten Regelungen, die seit dem 11.9.2001 installiert wurden |
| • Abschaffung der flächendeckenden Protokollierung der Kommunikation und unserer Standorte (Vorratsdatenspeicherung) |
| • keine Beschränkung des Internetzugangs durch staatliche Stellen oder Internetanbieter (Sperrlisten) |

Wahlprogramm Kapitel 3

Demokratie durch Transparenz und Beteiligung

Die politische Arbeit wird in Deutschland stark von Lobbyinteressen gesteuert. Unternehmensvertreter nehmen unbemerkt Einfluss auf Politiker und arbeiten sogar an Gesetzen mit.

- **Offenlegung von Nebeneinkünften und Nebentätigkeiten**

Keine Zensur

Staatliche Kontrolle des Informationsflusses, also Zensur, ist ein Instrument von totalitären Regimen und hat in einer Demokratie nichts verloren. Der Kampf gegen rechtswidrige Angebote im Internet muss jederzeit mit rechtsstaatlichen Mitteln geführt werden. Allein die Etablierung einer Zensurinfrastruktur ist bereits inakzeptabel.

Informationsfreiheit

Die Informationsfreiheit ist in Deutschland trotz des Informationsfreiheitsgesetzes noch nicht auf einem zufriedenstellenden Niveau angekommen.

- **Jeder Bürger muß das Recht haben Einsicht in die Aktenvorgänge und die den jeweiligen Stellen zur Verfügung stehenden Informationen zu nehmen.**

Informantenschutz

- **Whistleblower-Schutz zum Kampf gegen Korruption**

Mehr direkte Demokratie wagen

- **Volksentscheid auf Bundesebene**

Wahlprogramm Kapitel 4

Immaterialgüterrechte

Das Nutzungsrecht entfernt sich immer weiter vom Urheber und entwickelt sich hin zum Verwerterrecht. Musik- und Filmindustrie profitieren, während Nutzer kriminalisiert werden.

Der Künstler soll für jedes einzelne Werk die Lizenz frei wählen können.

Die für eine internationale Neuausrichtung des Urheberrechts zu verhandelnden Themen müssen der öffentlichen Debatte gestellt werden und dürfen nicht einseitig durch die Lobbyinteressen der Rechteinhaber geprägt sein.

Medien- oder Hardwareabgaben

Eine Neubewertung der Pauschalabgaben ist nötig.

Neue Geschäftsmodelle fördern

Die Ausschaltung von Zwischenhändlern ermöglicht es, dass den Künstlern vom Erlös ihrer Werke ein größerer Teil verbleibt und direkter zufließt.

Insbesondere die Verwendung von CreativeCommons-Lizenzen erlaubt heutzutage bereits die erfolgreiche wirtschaftliche Verwertung von Werken ohne jegliche Einschränkung bei der digitalen Privatkopie und deren Verbreitung.

Patentrecht

Das heutige Patentsystem erweist sich immer öfter als Innovationshemmnis und behindert den technischen und ökonomischen Fortschritt in vielen Bereichen.

Das Bestreben, Wissen und Information und deren Erschließung mittels des Patentsystems zu regulieren, steht unserer Forderung nach Freiheit des Wissens und Kultur der Menschheit diametral entgegen.

Wahlprogramm Kapitel 4

Patentrecht

Der Privatisierung der Biodiversität oder der Grundlage menschlichen, tierischen und pflanzlichen Lebens ist mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Bei Saatgut und Tieren fordern wir die Formulierung eines uneingeschränkten 'Nachbaurechtes'. Damit Bauern ab sofort von etwaigen Patentrechtsklagen verschont werden. Vertragsbestimmungen, die dem widersprechen, sind für nichtig zu befinden.

Open Access

Mit öffentlichen Geldern geförderte Arbeit muss der Öffentlichkeit zugute kommen.

Open Access heißt daher für uns, dass mit öffentlichen Geldern geförderte wissenschaftliche Arbeit und daraus resultierende Publikationen für jeden Menschen kostenfrei zugänglich sein müssen.

Wahlprogramm Kapitel 5

Infrastrukturen offen halten

Die Piratenpartei möchte verhindern, dass durch privatwirtschaftliche Interessen Infrastrukturen wettbewerbsverzerrend und auf Kosten der Gesellschaft beeinflusst werden.

Straßen-, Schienen- und Stromnetze sowie Wasserwege gelten als natürliche Infrastrukturmonopole.

Der Zugang zu diesen Teilen der Infrastruktur ist für unsere Gesellschaft überlebenswichtig, gleichzeitig sind sie durch ihre Singularität extrem anfällig für Wettbewerbsverzerrung. Nur wenn der Staat, als einzig öffentlich kontrollierbare Instanz, der Betreiber solcher Netze ist, kann sichergestellt werden, dass die von uns geforderten Ansprüche erfüllt werden.

Infrastruktur Internet

Aufgrund dieser Relevanz muss die Verfügbarkeit des Netzes an sich und der gleichberechtigte Zugang jedes einzelnen Bürger gewährleistet und besonders geschützt werden. Das Netz muss sich neutral gegenüber den transportierten Inhalten verhalten.

Die Netzbetreiber tragen keine Verantwortung für die übertragenen Daten.

Der Kampf gegen rechtswidrige Angebote im Internet muss jederzeit mit rechtsstaatlichen Mitteln geführt werden. Allein die Etablierung einer Zensurinfrastruktur ist bereits inakzeptabel.

Die Beurteilung der Rechtswidrigkeit muss gemäß der in Deutschland geltenden Gewaltenteilung und Zuständigkeit getroffen werden.

Wahlprogramm Kapitel 6

Bildung in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft

Jeder Mensch hat das **Recht auf freien Zugang zu Information und Bildung**. Dies ist in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft essentiell, um jedem Menschen, unabhängig von seiner sozialen Herkunft, ein größtmögliches Maß an gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen.

Mit diesem Ziel ist das Hauptanliegen institutioneller Bildung die Unterstützung bei der Entwicklung zur mündigen, kritischen und sozialen Person.

Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft.

Die öffentliche Bildungsinfrastruktur

Es ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft, in Form des Staates, eine leistungsfähige und ihrem Zwecke angemessene Bildungsinfrastruktur zu finanzieren und frei zur Verfügung zu stellen.

Trotz des staatlichen Bildungsauftrages soll die Erziehung in Bildungseinrichtungen die Erziehung durch die Eltern nicht ersetzen.

Bildungsgebühren jeglicher Art schränken den Zugang zu Bildung ein und sind deshalb kategorisch abzulehnen. Aus diesem Grund ist auch die Lehrmittelfreiheit zu befürworten.